

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

Abb. 1: gebaute Ignoranz – Abb. 2: Gehwegproblem

## 22.11.20 - Pressemitteilung 2020-23:

### Ein Parlament der Autofahrerinnen

Das Gemeindeparlament von Höchst i. Odw. gibt mal eben 100.000€ für das Asphaltieren eines Parkplatzes aus. Mit anderen Projekten wird in Höchst über 1 Million Euro in das Verkehrsmittel gesteckt, das maßgeblich an der Klimakatastrophe beteiligt ist.

### 30 Autofahrer und eine Gegenstimme

Das ‚dringend notwendige‘ Bauprojekt wurde mit einer Gegenstimme angenommen. Die Gemeindevertreter haben mit ihrem Votum bekräftigt, welchen Wert sie dem Abstellen von Fahrzeugen auf einem Parkplatz beimessen. Erst im Sommer dieses Jahres hat die Kommune einen beträchtlichen Geldbatzen aufgewendet, um einen 30 Jahre alten Parkplatz neben dem Bürgerhaus für die Geländefahrzeuge der Gegenwart benutzbar zu machen.

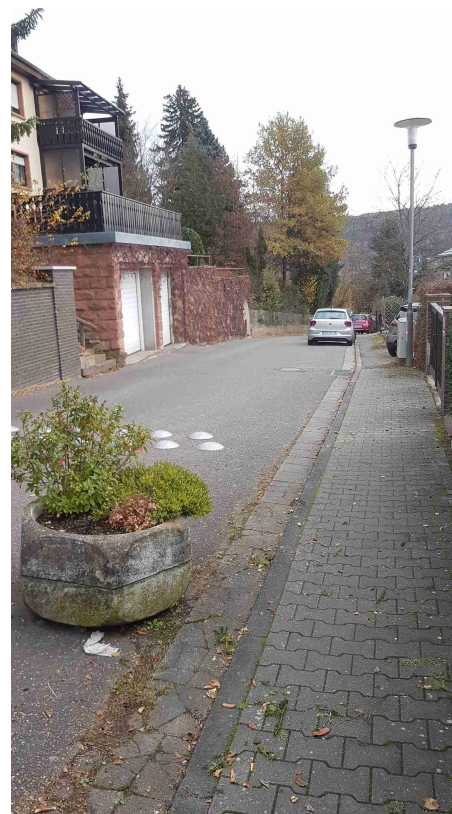
Der Umbau der Kreuzung am Montméliäner Platz steht auf der Warteliste und die Aschaffenburger Straße soll ebenfalls erneuert werden. Immer steht das Automobil im Vordergrund – die Hälfte der Gesellschaft, die über kein Auto verfügt, soll sehen, wo sie bleibt.

### Alternativlos?

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sieht in der einseitigen Bevorzugung eines Verkehrsmittels durch das Parlament einen schweren Fehler. Zwar hat im Odenwaldkreis inzwischen jede zweite Person ein Kraftfahrzeug aber die Mehrzahl der Wege innerhalb der Gemeinden wird heute zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt. Diesen Bedarf an Mobilität in konkrete Projekte für die Bürger zu übersetzen ist die eigentliche Aufgabe des Parlaments. Es ist bedauerlich, dass das Höchster Parlament sich zu einer Autobesitzer-Lobby verwandeln lässt.

### Abgewürgte Vorschläge

An Vorschlägen, für Radfahrende und Fußgängerinnen etwas zu tun, mangelt es nicht. So besteht seit 50 Jahren in der Frankfurter Straße die Notwendigkeit, einen benutzbaren Gehweg für alle zu installieren. Aber weder Verwaltung noch Parlament haben sich dieser Frage je angenommen.



**Abbildung 1: Gehwegproblem Frankfurter Straße**  
**Der Bürgersteig rechts endet nach 30m!**

Das Parlament hat durch seine Beschlüsse den Ortskern von Lebensmittelmärkten ‚freigeräumt‘. Es überlässt die mit dem Rad und zu Fuß ins Gewerbegebiet kommenden Bürgerinnen seit Jahren der gefährlichsten Straßenquerung in der Gemeinde, ohne die Verwaltung mit entsprechenden Aufträgen zu versehen. An der Kreuzung der B426 mit dem wichtigsten Fuß- und Radweg ist die Ignoranz der Straßenbauer gegenüber diesen Verkehrsteilnehmern gebaut.

Für den Radverkehr in der Gemeinde liegt seit 3 Jahren ein Gutachten vor, das der Verwaltungschef jedoch nicht zur Kenntnis nehmen will und bei jeder Gelegenheit betont, wie wenig er den Text der Expertinnen anzunehmen gewillt ist. Hier sind Maßnahmen vorgeschlagen, die eine stetige Finanzierung von Projekten benötigen. Im kommenden Jahr soll sich dazu eine Arbeitsgruppe des Parlaments bilden.

### **Es ist viel zu tun**

Aber dieses Parlament packt nichts davon an. Es ruht sich auf dem Zustimmungspolster der an das Auto konditionierten Hälfte der Bevölkerung aus. Der BUND fordert die gleichberechtigte Berücksichtigung der anderen Hälfte bei der Vergabe von Geldgeschenken.



**Abbildung 2: gebaute Ignoranz - 70km/h zugelassen!**